

www.taz.de, redaktion@taz-bremen.de, Tel. 960 260, Trägerdienst Tel. 36 71 66 77

## Moin 1984

Das gesellschaftliche Bündnis „Bremetrojaner“ kritisiert die Reform des Polizeigesetzes. Einige Maßnahmen gingen zu weit, andere seien untauglich



Bremen Hauptbahnhof 2019? Foto: Matthew Henry/unsplash

Von Gareth Joswig

Ein Bündnis aus zivilgesellschaftlichen Gruppen und der parteilosen Bürgerschaftsabgeordneten Susanne Wendland fordert, die Novellierung des Polizeigesetzes zu kippen. Der sich „Bremetrojaner“ nennende Zusammenschluss hält geplante Sicherheitsverschärfungen in Form von mehr Videoüberwachung, Staatstrojanern und Fußfesseln für Gefährder für den „Einstieg in den Überwachungsstaat“.

Wendland sagte am Mittwoch bei einer Pressekonferenz des Bündnisses: „Die geplanten Maßnahmen werden keine Anschläge verhindern, ignorieren die Freiheitsrechte und gaukeln als Sicherheitsfolklore lediglich vor, die terroristische Gefahr im Griff zu haben.“ Das Bündnis forderte einen Neubeginn der Novellierung nach einer „breiten öffentlichen Debatte“ über die Sinnhaftigkeit der geplanten Maßnahmen.

Die Bremer Innenbehörde schraubt seit vergangenem Jahr an einem neuen Polizeigesetz. Einen ersten Entwurf des Gesetzes stellte Innenminister Ulrich Mäurer (SPD) im Dezember 2017 vor. Nach deutlicher Kritik der erst spät informierten Datenschutzbeauftragten Imke Sommer und der Abgeordnete

ten in der Innendeputation im Januar zog die Mäurer den Entwurf zurück, um ihn zusammen mit dem grünen Koalitionspartner zu überholen.

Anlass für die Kritik war, dass sowohl die geplanten Maßnahmen in ihrer Gesamtheit als auch einzelne Aspekte verfassungsrechtlich bedenklich erscheinen. Dazu gehört der rechtlich schwammige Begriff der „terroristischen Straftat“ (*taz berichtet*). Ein neuer Entwurf des Gesetzes soll am heutigen Donnerstag den Deputierten zugehen und noch Ende April in der Bürgerschaft beschlossen werden.

Die Innenbehörde wiegelte die Kritik ab: „Von einer massiven Überwachung kann keine Rede sein“, sagte Sprecherin Rose Gerds-Schiffler. Es gehe darum, schwerste Straftaten zu verhindern und dafür das Gefahrenabwehrrecht anzupassen.

Das „Bremetrojaner“-Bündnis ist gegenteiliger Meinung: Für Maïke Schmidt-Grabia vom Verein Digitalcourage ist das neue Gesetz die „schleichende Einführung des Überwachungsstaates“. So schränke die permanente Videoüberwachung am Hauptbahnhof heute schon die Demonstrationsfreiheit ein. Studien aus Großbritannien zeigten zudem, dass umfassende Kameraüberwachung Kriminalität

nur verdrängt und nicht verhindert. „Für Terrorismus kann Videoüberwachung bei der Produktion von Schreckensbildern sogar förderlich sein“, sagt Schmidt-Grabia.

Rechtsanwalt Rolf Gössner von der Liga für Menschenrechte war lange Mitglied der Innendeputation und selbst Opfer von illegaler geheimdienstlicher Überwachung. Fußfesseln hält er für wenig zielführend

### Ein Staatstrojaner auf einem Smartphone kann auch schreiben und Beweise platzieren

und kritisiert, dass die Polizei aufgrund von Indizien eine spätere Straffälligkeit vorab bewerten soll. Zudem sei die Fußfessel nur ein „Placebo“.

Ein islamistische Attentäter trug während seines Anschlags in der Normandie 2016 eine Fußfessel und auch der Anschlag am Breitscheidplatz wäre nach Ansicht Gössners mit einer Fußfessel möglich gewesen. Man solle lieber vorhandene Maßnahmen nutzen und für eine bessere Personalausstattung in der Polizei sorgen.

Ähnlich kritisch sieht Aaron Lye vom Forum InformatikerInnen für Frieden die Einführung von Staatstrojanern zur Überwachung von digitaler Kommunikation: „Die bewusste Instrumentalisierung von Sicherheitslücken durch Polizei und Geheimdienste sind eine strukturelle Gefahr für IT-Systeme und damit alle“, warnt Lye. Sobald ein Staatstrojaner auf einem Smartphone installiert sei, könne der Staat nicht nur überwachen, sondern „auch schreiben und Beweise platzieren“.

Für die Datenschutzbeauftragte Sommer ist neben der Verfassungskonformität des Gesetzes wichtig, dass es eine gesellschaftliche Diskussion darüber gibt, wie viel Überwachung nötig ist. Das Verfassungsgericht verweise dabei stets auf die Überwachungsgesamtrechnung: „Man darf nicht nur jedes Instrument einzeln angucken, sondern muss auch im Blick haben, was die Quantität der Maßnahmen insgesamt mit der Gesellschaft macht“, sagt Sommer. Die Quantität von Überwachungsmaßnahmen dürfe nicht in eine neue Qualität umschlagen.

Gelegenheit zur geforderten Diskussion gibt es nächsten Dienstag: bei einem Podium mit allen Beteiligten im Gewerkschaftshaus.

### das 1488-wetter

Deutsche, wacht auf: Das Innenressort informiert, dass an den beliebten Hochzeitsdaten 8.8.18 und am 18.8.18 die Standesämter wie gewohnt geöffnet haben. Ebenso am 20. April und 9. November. Nur das Wetter muss besser werden: 10 Grad, Regen

### weltschmerz auf der hühnerleiter



### heute in bremen

## „Auch habituelle Barrieren bestehen“

Interview Jean-Philipp Baeck

**Weiterbildungskurs „Sozialwissenschaften“**, speziell für Menschen mit Migrationserfahrung. Anmeldung noch heute möglich unter: [eva.anslinger@uni-bremen.de](mailto:eva.anslinger@uni-bremen.de), Kursbeginn 6. April, Uni Bremen

**taz: Frau Anslinger, wieso bieten Sie eine sozialwissenschaftliche Weiterbildung speziell für Flüchtlinge und MigrantInnen an?**

**Eva Anslinger:** Wir haben festgestellt, dass sich vermehrt Menschen mit Migrationshintergrund oder Fluchterfahrung für unser Weiterbildungsstudium in sozialwissenschaftlicher Grundbildung interessieren. Deshalb haben wir einen Kurs konzipiert, um die Menschen anzusprechen, die vielleicht in ihrem Heimatland schon studiert haben, aber in Deutschland oft noch nicht so weit angekommen sind, um hier ein Studium aufnehmen zu können.

**Woran fehlt es?**

In erster Linie an der Sprache. Um in Deutschland ein Studium aufnehmen zu können, braucht man das Niveau C1 – das ist mit regulären Integrationskursen schwer zu erreichen. Kurse, die genau dahin führen, sind meist sehr teuer. Deshalb bieten wir ein Sprachcoaching auch in sozialwissenschaftlicher Fachsprache.

**Wieso gerade Sozialwissenschaften?**

Wir brauchen nicht nur Ingenieure, es gibt eine Nachfrage. Unser Studium vermittelt zudem auch Fähigkeiten, sich mit politischen Themen auseinanderzusetzen und gesellschaftliche Entwicklungen besser einzuschätzen. Es ist auch ein Angebot der politischen Erwachsenenbildung. Viele Absolventen studieren im Anschluss an das zweijährige Weiterbildungsstudium dann Soziale Arbeit, Public Health oder auch Soziologie.

**... ein langer Weg.**

Das stimmt. Aber wir sprechen auch die Leute an, die vielleicht formal sogar die Voraussetzungen für ein Regelstudium hätten, es sich aber aus verschiedenen Gründen noch nicht zutrauen, etwa weil auch habituelle Barrieren bestehen. Weil sie Ängste haben, ob sie sich zurechtfinden und darüber, wie das Lernniveau an einer Universität sein wird. Auch den Menschen, die durch Flucht und Migration teilweise schon länger aus dem Bildungssystem raus sind, wollen wir einen leichteren Einstieg ermöglichen.



**Eva Anslinger**, 42, Erziehungswissenschaftlerin, stellvertretende Direktorin des Zentrum für Arbeit und Politik der Universität Bremen.

Anzeige

GASTSPIEL

# HOLZFÄLLEN. EINE ERREGUNG

Claus Peymann liest aus dem Roman von Thomas Bernhard

Di 17. April, 19:30 Uhr im Theater am Goetheplatz

Karten an der Theaterkasse,  
Tel 0421.3653-333 oder [www.theaterbremen.de](http://www.theaterbremen.de)

**THEATERBREMEN**

### nachrichten

#### LKW fährt Radfahrerin tot

Eine Radfahrerin ist bei einem Unfall am frühen Mittwochmorgen in der Bremer Innenstadt gestorben. Die auf dem Radweg fahrende Frau wurde von einem abbiegenden Lastwagen erfasst, wie die Polizei mitteilte. Sie verletzte sich so schwer, dass sie noch vor Ort starb. Wie es zu dem Unfall kommen konnte, war zunächst unklar. Der Unfallort war bis 10.30 Uhr gesperrt. Die Polizei leitete Stadtbusse und Bahnen um. (*dpa*)

#### Geldstrafe für Absteiger

Wegen schweren Zuschauer-Fehlverhaltens beim Nordderby in Bremen hat das Sportgericht des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) den Hamburger SV zu 80.000 Euro Geldstrafe verurteilt. Dies gab der DFB am Mittwoch bekannt. Das Bundesliga-Schlusslicht hat dem Urteil bereits zugestimmt, es ist somit rechtskräftig. Schiedsrichter Felix Zwayer hatte die Partie am 24. Februar zweimal unterbrechen müssen, da im Fanblock des HSV zahlreiche Feuerwerkskörper gezündet worden waren. Ein Zuschauer erlitt aufgrund der Vorfälle ein Knalltrauma. (*dpa*)

#### Jedes dritte Kind auf Hartz

In Bremen hat im vergangenen Jahr fast jedes dritte Kind unter 18 Jahren von Hartz IV gelebt. Damit ist Bremen bundesweites Schlusslicht, wie aus jüngsten Statistiken der Bundesagentur für Arbeit hervorgeht. Insbesondere unter 18-Jährige seien immer häufiger auf Grundsicherung angewiesen. In Bremen seien es rund 35.000 – ein Anstieg um 8,5 Prozent innerhalb eines Jahres. Die Bundesagentur führt den starken Anstieg im Wesentlichen auf die wachsende Zahl ausländischer Familien zurück, die von Jobcentern betreut werden. (*taz/dpa*)

#### Preis für 68er-Ausstellung

Das Focke-Museum hat am Mittwoch den Förderpreis für Museumspädagogik 2017 der VGH-Stiftung bekommen. Die mit 3.500 Euro dotierte Auszeichnung wurde für das Mitmachprojekt „Bremen. Meine Stadt“ übergeben: In der Ausstellung zu den Umbrüchen des Jahres 1968 werden Zeitzeugen eingeladen, über ihre damaligen Erlebnisse zu berichten und Fotos und Erinnerungsstücke mitzubringen. (*epd/taz*)